

An die
Vorsitzende des Hauptausschusses
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei – G Sen –

1409 D

**Verbesserung der gesamtstädtischen Steuerung –
Quartalsbericht zum 30. Juni 2019**

Rote Nummer: 1409 A, 1409 B

Vorgang: 42. Sitzung des Hauptausschusses vom 16. Januar 2019, 45. Sitzung
des Hauptausschusses vom 13. März 2019

Ansätze: entfällt

Gesamtkosten: entfällt

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung am 16. Januar 2019 Folgen-
des beschlossen:

„Die Senatskanzlei
wird gebeten, dem Hauptausschuss quartalsweise über die weitere Entwicklung bei
der Verbesserung der gesamtstädtischen Steuerung, einschließlich der Zwischener-
gebnisse der Arbeitsgruppen und Schnellläuferprojekte und ggf. notwendiger zukünf-
tiger Gesetzesänderungen, zu berichten.“

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

Die Maßnahmen des Senats zur Verbesserung der gesamtstädtischen Verwaltungssteue-
rung bestehen aus zwei Teilen: Teil I „Zukunftspakt Verwaltung und dessen Umsetzung“ so-
wie Teil II „Schnellläuferprojekte des Senats“ (vgl. dazu auch Rote Nummer 1409 A und
1409 B).

Zu Teil I „Zukunftspakt Verwaltung und dessen Umsetzung“:

Am 14. Mai 2019 haben der Senat und der Rat der Bürgermeister (RdB) bei einer gemein-
samen Sitzung den „Zukunftspakt Verwaltung“ geschlossen (vgl. Drucksache 18/1956). Se-
nat und RdB haben damit unterstrichen, dass Verwaltungsentwicklung klare Führungsaufga-
be ist. Die Inhalte des Zukunftspaktes wurden in den vergangenen Monaten in einem breit
angelegten Diskussionsprozess erarbeitet (vgl. Rote Nummer 1409 A).

Wesentliches Ziel des Zukunftspaktes ist es, dass die Berliner Verwaltung effizienter arbeiten kann und sich dadurch ihre Leistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft spürbar verbessern.

Der Zukunftspakt umfasst ein Bündel von 27 Projekten und Vorhaben mit konkreten Zeit- und Maßnahmenplänen, die sieben zentrale Handlungsfelder abdecken. Die vielfältigen Aspekte der Verwaltungstätigkeit werden dadurch umfassend in den Blick genommen. Im Mittelpunkt steht die Verbesserung der gesamtstädtischen Verwaltungssteuerung: Senat und Bezirke arbeiten mittels kooperativer Steuerungsinstrumente auf Augenhöhe an den gemeinsam Themen und Zielen. Es braucht in allen Bereichen ein geteiltes und beidseitig anerkanntes Grundverständnis über die gemeinsamen Ziele und ihre Erreichung. Ressortübergreifende und für beide Seiten verbindliche Zielvereinbarungen sollen mittelfristig zum bedeutenden Instrument gesamtstädtischer Verwaltungssteuerung und gesetzlich verankert werden. Dafür bedarf es u. a. einer stärkeren Übernahme der Steuerungsverantwortung der Senatsverwaltungen. Zudem müssen sich die Bezirke gesamtstädtischer orientieren. Das im Zukunftspakt festgeschriebene Maßnahmenbündel kann seine volle Wirkung nur in seiner Gesamtheit entfalten, da die einzelnen Handlungsfelder einander bedingen.



Die Umsetzung des Zukunftspaktes hat begonnen und soll in erster Linie durch den „Lenkungskreis“ auf Ebene der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister unter Federführung der Senatskanzlei begleitet werden. Darüber hinaus ist geplant, die gemeinsamen Sitzungen von Senat und RdB fortzuführen. Dem Abgeordnetenhaus soll weiterhin regelmäßig Bericht erstattet werden. In den 27 Projektsteckbriefen sind jeweils die Federführung und die Mitwirkung der einzelnen Akteure sowie konkrete nächste Umsetzungsschritte festgehalten.

Wichtiger Erfolgsfaktor für die Umsetzung des Zukunftspaktes sind die Beschäftigten des Landes. Mit ihnen gemeinsam wird der Veränderungsprozess gestaltet. Nach einem Jahr

Zukunftspakt wird im Rahmen des „Berliner Verwaltungskongresses“ eine erste Bilanz gezogen.

Zu Teil II „Schnellläuferprojekte des Senats“:

Der zweite Teil der Maßnahmen des Senats zur Verbesserung der gesamtstädtischen Verwaltungssteuerung umfasst die Schnellläuferprojekte (vgl. dazu insbesondere Rote Nummer 1409 B). Alle Projekte sollen bis Anfang Juli 2019 abgeschlossen und dem Senat abschließend berichtet werden. Die Ergebnisse der einzelnen Projekte sowie Perspektiven können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Projekt 1: Abbau des Antragsstaus beim Unterhaltsvorschuss / Elterngeld (Federführung: SenBildJugFam)	
Projektergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau einer ebenenübergreifenden Projektstruktur zur Umsetzung - Durchführung einer Organisationsuntersuchung in Unterhaltsvorschuss- und Elterngeldstellen in vier Bezirken - kein Antragsstau mehr im Bereich Elterngeld: Stabilisierung der Bearbeitungszeit auf unter acht Wochen (ab Vorlage der vollständigen Unterlagen) - Start des Online-Antragsassistenten in der 1. Ausbaustufe „ElterngeldDigital“ als Hilfestellung für die Bürgerinnen und Bürger (Berlin als Pilotland) - deutliche Verbesserung der Antragsbearbeitung im Bereich Unterhaltsvorschuss (UV): durchschnittliche Bearbeitungsdauer liegt innerhalb des angestrebten Rahmens von acht Wochen (ab Vorlage der vollständigen Unterlagen) - seit Januar 2019: Beginn der Einführung des neuen Fachverfahrens ISBJ-Jugendhilfe (Modul UV)
Perspektiven	<ul style="list-style-type: none"> - ab 2020 (Bereich UV): IT-Verfahren SoPart / Modul III in allen Bezirken flächendeckend eingeführt - weitere Schritte zur Verbesserung des Leistungszugangs im Bereich Elterngeld: Start der 2. Ausbaustufe Online-Antragsassistenten „ElterngeldDigital“ laut Bund voraussichtlich noch in diesem Jahr - Fortführung Informationsaustausch auf Fachebene zu den Erkenntnissen der Best Practice-Analyse, insbesondere zur Entwicklung von Familienservicebüros als niedrigschwelliger, serviceorientierter Zugang zu Beratungs- und Serviceleistungen im Themenfeld Familie (Konzept dazu zurzeit in der Erstellung)

Projekt 2: Nachhaltiges Gesundheitsmanagement (Federführung: SenFin)	
Hinweis: Das Projekt „Nachhaltiges Gesundheitsmanagement“ unterteilt sich in mehrere Themen. Von zentraler Bedeutung ist der Abschluss einer neuen Rahmendienstvereinbarung (RDV) Gesundheit.	
Projektergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Transparenz: Erfolgreiche Umsetzung des Projekts „Monitoring der Gesundheitsquoten“ → seit Januar 2019 Auswertungen zur Gesundheitsquote nach landesweit einheitlicher Methode - Erstellung eines Gutachtens zum Wirkungszusammenhang und Aussagekraft von Gesundheitsquoten mit Zwischenergebnis bis zum 30. Juni 2019

	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung und Einführung „BEM-Report“ (seit Januar 2019) zur Verbesserung und technischen Unterstützung zur Erhebung, Auswertung und Dokumentation zum betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) - „Gesundheitsorientiertes Führen“ als besonderer Schwerpunkt im Rahmen der VAk-Programmplanung 2019
Perspektiven	<ul style="list-style-type: none"> - Aufnahme der Verhandlungen zur RDV Gesundheit am 19. Juni 2019, Abschluss im I. Quartal 2020 (Bestandteil der Verhandlungen u. a. Zielvereinbarung zur Gesundheitsquote (Fertigstellung Konzept in 2019)) - Überarbeitung der Handlungshilfe BEM → Arbeitsabläufe verschlanken, vereinheitlichen und zentralisieren (im Rahmen Verhandlungen RDV Gesundheit, Vorkonzept bis 30. Juni 2019)

Projekt 3: Beschleunigte Personaleinstellung/Recruitment (Federführung SenFin)

Hinweis: Das Projekt 3 unterteilt sich in mehrere Teilprojekte: Praktikantinnen und Praktikanten / Werkstudierende, Sammelausschreibungen und -besetzungen, Auswahlgremien und Auswahlvermerk, Schnittstelle rexx / Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie Zentrale Bewerbungsbüros.

Projektergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Die durchschnittliche Dauer der Stellenbesetzungsverfahren betrug im Jahr 2018 112 Tage und nähert sich damit weiter dem Ziel einer durchschnittlichen Stellenbesetzungsduer von drei Monaten. - Einleitung von Abstimmungsprozessen für einheitliches Praktikumsmanagement (Konzepterstellung bis zum 31. Dezember 2019) sowie zum Einsatz von Werkstudierenden zur Personalgewinnung (Konzept zur Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen wurde erstellt) - Modell eines Teil-Geschäftsprozesses „Durchführung von Sammelausschreibungen und -besetzungen“ bis zum 30. Juni 2019 - Entwicklung von Standards: Fertigstellung des Konzepts zur Handlungshilfe „Durchführung von Auswahlverfahren“ bis zum 30. Juni 2019 - Erarbeitung der Schnittstellendefinition rexx / BA - Einrichtung zentraler Bewerbungsbüros wird vom Senat empfohlen, regelmäßige und flächendeckende Kommunikation an die Dienststellen ist erfolgt
Perspektiven	<ul style="list-style-type: none"> - Konzepterstellung zum einheitlichen Praktikumsmanagement bis Ende 2019 - bei Relaunch des Karriereportals: Verbesserungen der Informationen über Praktika im Land Berlin - Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Durchführung von dienststellenübergreifenden Sammelausschreibungen notwendig - Schnittstelle zwischen rexx / BA: Informationsveranstaltung im Sommer 2019 für alle Dienststellen und Beauftragung der Realisierung der Schnittstelle (technische Umsetzung) so schnell wie möglich

Projekt 4: Übergreifende Ausbildungsoffensive (Federführung SenFin)	
Projektergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Erstmals wurden die Ausbildungsmittel zu nahezu 100 Prozent ausgeschöpft. - Abschluss und Unterzeichnung der RDV Ausbildung Anfang 2019 (Veröffentlichung über Rundschreiben SenFin 12/2019) - Konstituierung der Arbeitsgruppe Ausbildungssangelegenheiten am 27. Mai 2019 - Steigerung der Anzahl der besetzten Ausbildungsverhältnisse um rd. 25 Prozent (Vergleich der Jahre 2010 und 2018).
Perspektiven	<ul style="list-style-type: none"> - erste Umsetzung von Inhalten der RDV durch Berücksichtigung zusätzlicher Stellen für Ausbildungspersonal im Doppelhaushalt 2020 / 2021 - zurzeit in Erarbeitung: Vorschläge zur Schaffung nicht-monetärer Anreize für Praxisanleitungen zur Motivation der Beschäftigten zur Übernahme einer solchen Tätigkeit

Projekt 5: Umfassende Digitalisierung der Kfz-Zulassungsstellen (Federführung SenInnDS)	
Projektergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Abarbeitung aller Rückstände: Privatkundinnen und -kunden können derzeit innerhalb von spätestens sieben Arbeitstagen einen Termin erhalten. Geschäftskundinnen und -kunden bekommen ihre bearbeiteten Vorgänge am folgenden Tag zurück. - Einführung mehrerer Online-Dienstleistungen - Realisierung der 1. und 2. Stufe i-Kfz - Anbindung an das Serviceportal Berlin zum 01. Juli 2019 - Erarbeitung der Gesamtprojektplanung für Digitalisierung über i-Kfz hinaus
Perspektiven	<ul style="list-style-type: none"> - Realisierung der 3. Stufe i-Kfz zum 01. Oktober 2019 in Berlin - verbesserte Terminsteuerung / eindeutige Identifikation via Handynummer bei Terminbuchungen bis Ende 2019 - Einführung 4. Stufe i-Kfz (zeitlich noch nicht konkretisiert vom Bund): Implementierung von Großkundenschnittstelle inkl. Zulassungen auf juristische Personen

Projekt 6: 100 zusätzliche Stellen für Wohnungsbau und neue Stadtquartiere (Federführung SenStadtWohn)	
Hinweise:	<ul style="list-style-type: none"> - Es stehen insgesamt 110 Stellen zur Verfügung. - Perspektivisch ist zu beachten, dass in den nächsten Jahren weitere zahlreiche Dienstkräfte ihre Tätigkeit altersbedingt beenden werden. Die wachsende Stadt und die damit verbundenen Maßnahmen und Aufgaben, hier Wohnungsbau und Stadtquartiere, erfordern Fachpersonal, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer.
Projektergebnisse	<p>Ergebnisse des Stellenbesetzungscontrolling (Stichtag 06. Juni 2019):</p> <ul style="list-style-type: none"> - 47 Dienstkräfte haben ihre Arbeit aufgenommen

	<ul style="list-style-type: none"> - 23 Auswahlentscheidungen wurden getroffen - 23 Stellen befinden sich in der Ausschreibung - für 17 Aufgabengebiete müssen noch Anforderungsprofile / Beschreibungen des Aufgabenkreises (BAK) erstellt werden bzw. die Stellen stehen kurz vor der Ausschreibung (11 Stellen auf Bezirksebene, 6 Stellen auf Senatsebene)
Perspektiven	<ul style="list-style-type: none"> - Ziel ist es, bis Juli 2019 alle Stellen ausgeschrieben zu haben. - Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wird auf der Grundlage des Stellenbesetzungscontrollings den Austausch mit einzelnen Behörden suchen.

Projekt 7: Shared-Service-Projekt Forderungsmanagement beim Unterhaltsvorschuss (Federführung SenFin)	
Projektergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Konstituierung der Arbeitsgruppe „Landesweites Forderungsmanagement Unterhaltsvorschuss“ (LFU) und Zwischenergebnisse - Ist-Analyse bzw. Bestandsaufnahme der UVG-Statistik - Durchführung Online-Befragung der Jugendämter zum aktuellen Stand der Forderungsbearbeitung - Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern über die unterschiedlichen Umsetzungsmöglichkeiten eines erfolgreichen Forderungsmanagements im Unterhaltsvorschuss - Austausch von Best Practice-Ansätzen zwischen den Bezirken zur Verbesserung der Berliner Rückholquote - Begleitung der Entwicklung des Moduls „Unterhaltsvorschuss UV“ im ISBJ-Fachverfahren SoPart UV (vgl. dazu auch Projekt 1) - Einführung von SoPart UV in bislang sechs Bezirken zur Erleichterung der Arbeitsläufe im Bereich Unterhaltsvorschuss (Leistungsgewährung und Heranziehung)
Perspektiven	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung und Umsetzung einer einheitlichen und standardisierten Forderungsbearbeitung nach dem UVG, z. B. durch Prozessleitfaden - Rollout von SoPart UV auf verbleibende Bezirke bis Ende 2019 (siehe Projekt 1) - Fortsetzung länderübergreifender Erfahrungsaustausch - Wissenstransfers zwischen neuen und älteren Mitarbeitenden stärken - Prüfung des Einsatzes eines „Verwaltungshelfers“

Der Senat von Berlin

Michael Müller
Regierender Bürgermeister